



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Bundesamt für Kommunikation

# Das neue Abgabesystem für Radio und Fernsehen

Martin Dumermuth, Direktor

BAKOM-Mediengespräch, 3. Juli 2012

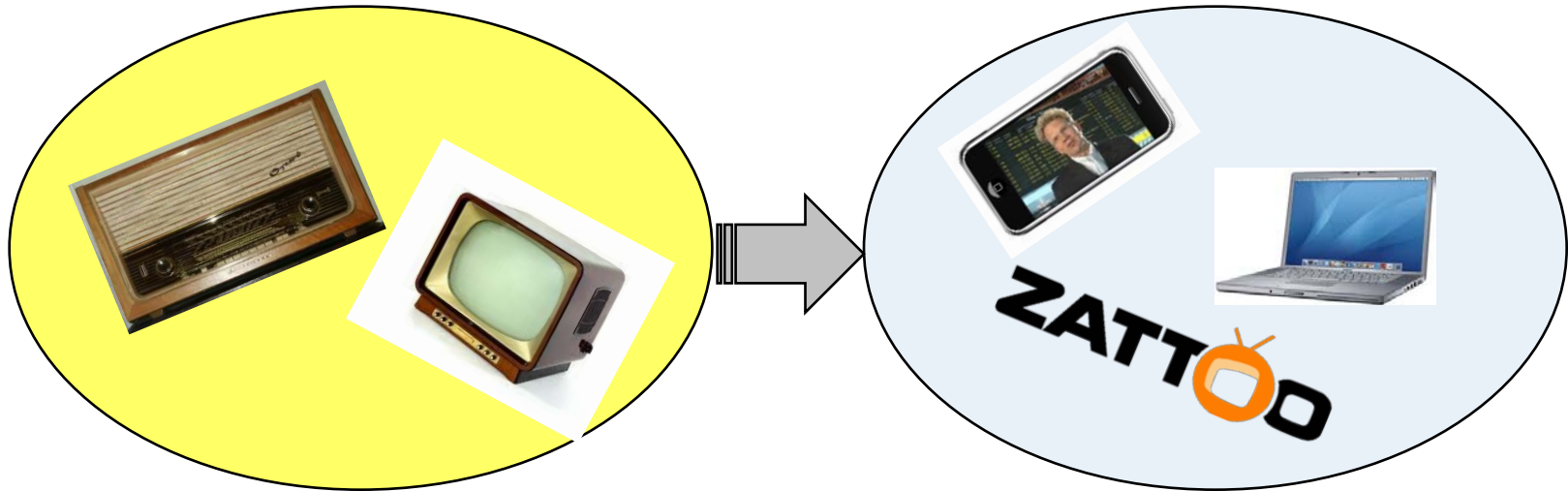


# Ausgangslage: 4 Prämissen

- Technischer und funktionaler Wandel verändern Empfangsgebühr.
- Es geht um die Finanzierung einer öffentlichen Aufgabe.
- Radio und Fernsehen sollten nicht über das Bundesbudget finanziert werden.
- Ziel eines Systemwechsels ist nicht die Ertragssteigerung.



# Technischer Wandel



Technik definiert  
Empfangsgerät



Objektiver Anknüpfungspunkt  
→ praktikabel

Nutzung definiert  
Empfangsgerät



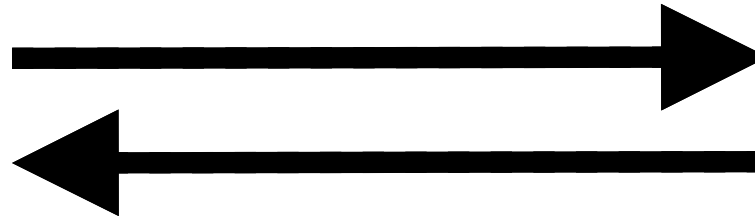
Subjektiver Anknüpfungspunkt  
→ nicht mehr praktikabel



# Von der "Nutzungsgebühr" zur Finanzierung einer öffentlichen Aufgabe



Service public



Gebühr als  
"Nutzungsabgabe"



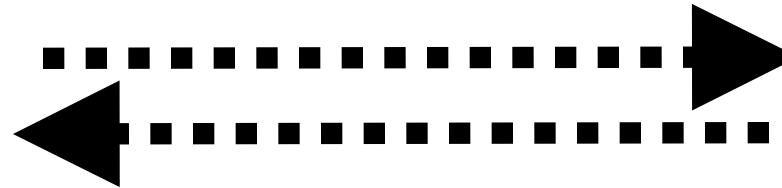
→ Tauschverhältnis



# Von der "Nutzungsgebühr" zur Finanzierung einer öffentlichen Aufgabe



Service public



Gebühr als  
"Nutzungsabgabe"



Finanzierung einer  
öffentlichen Aufgabe



→ Auflösung des  
Tauschverhältnisses



# Finanzierung einer öffentlichen Aufgabe

## **Art. 93 BV**                      **Radio und Fernsehen**

<sup>2</sup> Radio und Fernsehen tragen zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung bei. Sie berücksichtigen die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone. Sie stellen die Ereignisse sachgerecht dar und bringen die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck.

## **Art. 24 RTVG Programmauftrag**

<sup>1</sup> Die SRG erfüllt den verfassungsrechtlichen Auftrag im Bereich von Radio und Fernsehen (Programmauftrag). (...)

## **Art. 34 RTVG Finanzierung**




Die SRG finanziert sich zur Hauptsache durch Empfangsgebühren.

## **Art. 41 RTVG Programmveranstalter mit Gebührenanteil**

<sup>1</sup> Die Programmveranstalter, die über eine Konzession mit Gebührenanteil verfügen, haben den in der Konzession festgelegten Ausgangslage zu erfüllen. (...)



# Varianten Finanzierung Service public

-  • MwSt: Erhöhung um ca. 0.5 Prozentpunkte
  - "Belastung" der MwSt
  - Verfassungsänderung
  - Finanzierung über Staatshaushalt problematisch
    - Vergrößerung des Bundesbudgets
    - Finanzierung fällt ins Bundesbudget → jährlicher Budgetentscheid → Problematisch hinsichtlich Staatsunabhängigkeit
-  • Direkte Bundessteuer
  - Problematik der Finanzierung über Staatshaushalt
  - 17% des Ertrags geht an die Kantone
-  • Besondere Abgabe



# Gebührenpflicht

- Alle Haushalte
  - Haushaltsbegriff gemäss Registerharmonisierungsgesetz
    - Keine Meldepflicht
    - Keine Abmeldepflicht
    - Keine Kontrollen
  - Befreiung wie heute → befreit ist, wer AHV/IV-Ergänzungsleistungen bezieht
- Alle Betriebe mit einem Umsatz > 500'000 Fr.
  - Erfassung über Mehrwertsteuer
  - Keine Meldepflicht
- Kein Mehrertrag
  - Zunahme der Gebührenpflichtigen führt zu Gebührensenkung für die Einzelnen.





# Ausnahmen für Betriebe – Vorgaben des Parlaments

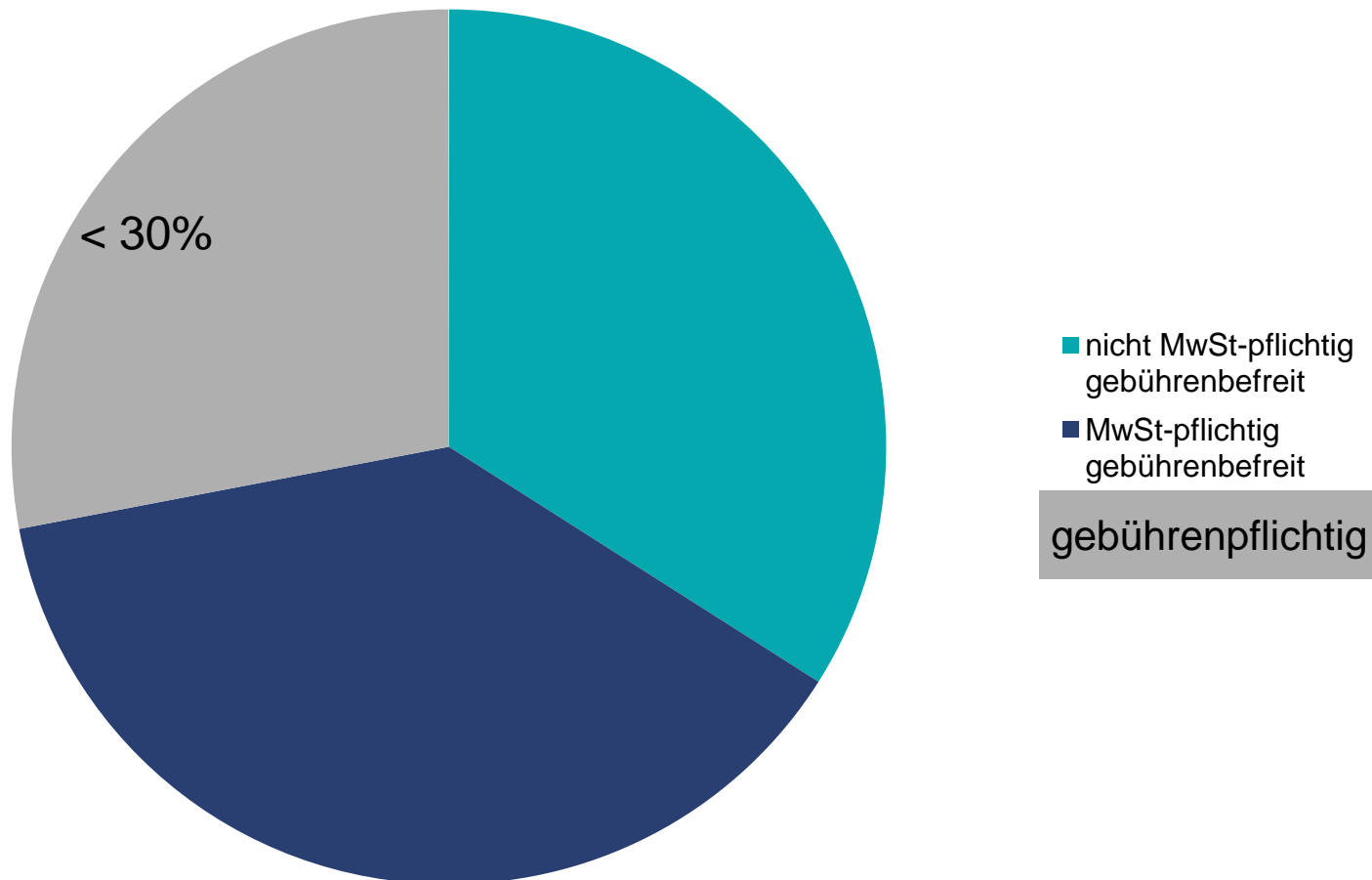
"Der Bundesrat wird beauftragt, eine Vorlage zur Änderung der Gebührenpflicht im Sinne von System 3 des Berichtes des Bundesrates (geräteunabhängige Abgabe für alle Haushalte und alle Betriebe) zu erarbeiten.

Dabei hat er Vorschläge für Ausnahmen von der Gebührenpflicht zu unterbreiten. Bei den Haushalten stehen Befreiungen aus sozialpolitischen Gründen im Vordergrund. Um zu verhindern, dass die Gebührenpflicht von Kleinbetrieben zu unzumutbaren Doppelbelastungen führt, sind kleine Gewerbe-, Fabrikations-, Dienstleistungs- und Landwirtschaftsbetriebe von der Gebührenpflicht befreit. Die finanziellen Auswirkungen von allfälligen Ausnahmen auf den Gebührenertrag sind darzulegen."

*Motion der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats vom 23. Februar 2010*





# Anteil der gebührenpflichtigen Betriebe



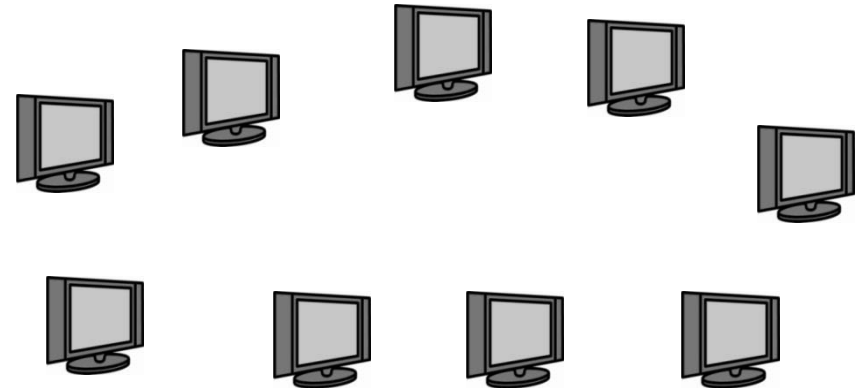
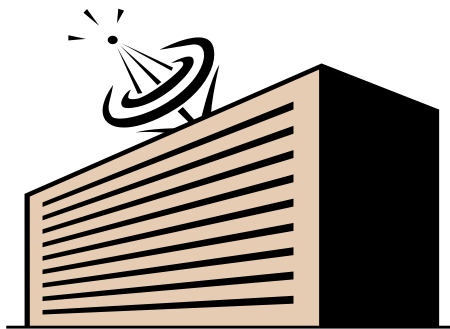
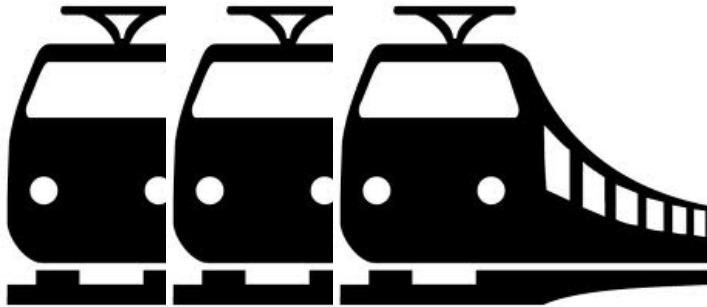
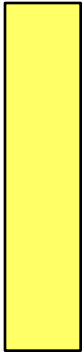


# Inkassovarianten

-  Inkasso mit der direkten Bundessteuer durch kantonale Steuerverwaltungen
  - Viele unterschiedliche Systeme in den verschiedenen Kantonen.
  - Jeder Kanton muss Knowhow aufbauen (Befreiungen; Beschwerden etc.).
  - Multiplikation der Fixkosten verteuert das System.
-  Zentrale Inkassostelle → Vorgabe durch Parlament



# Geltung des Verursacherprinzips? Kostenseite

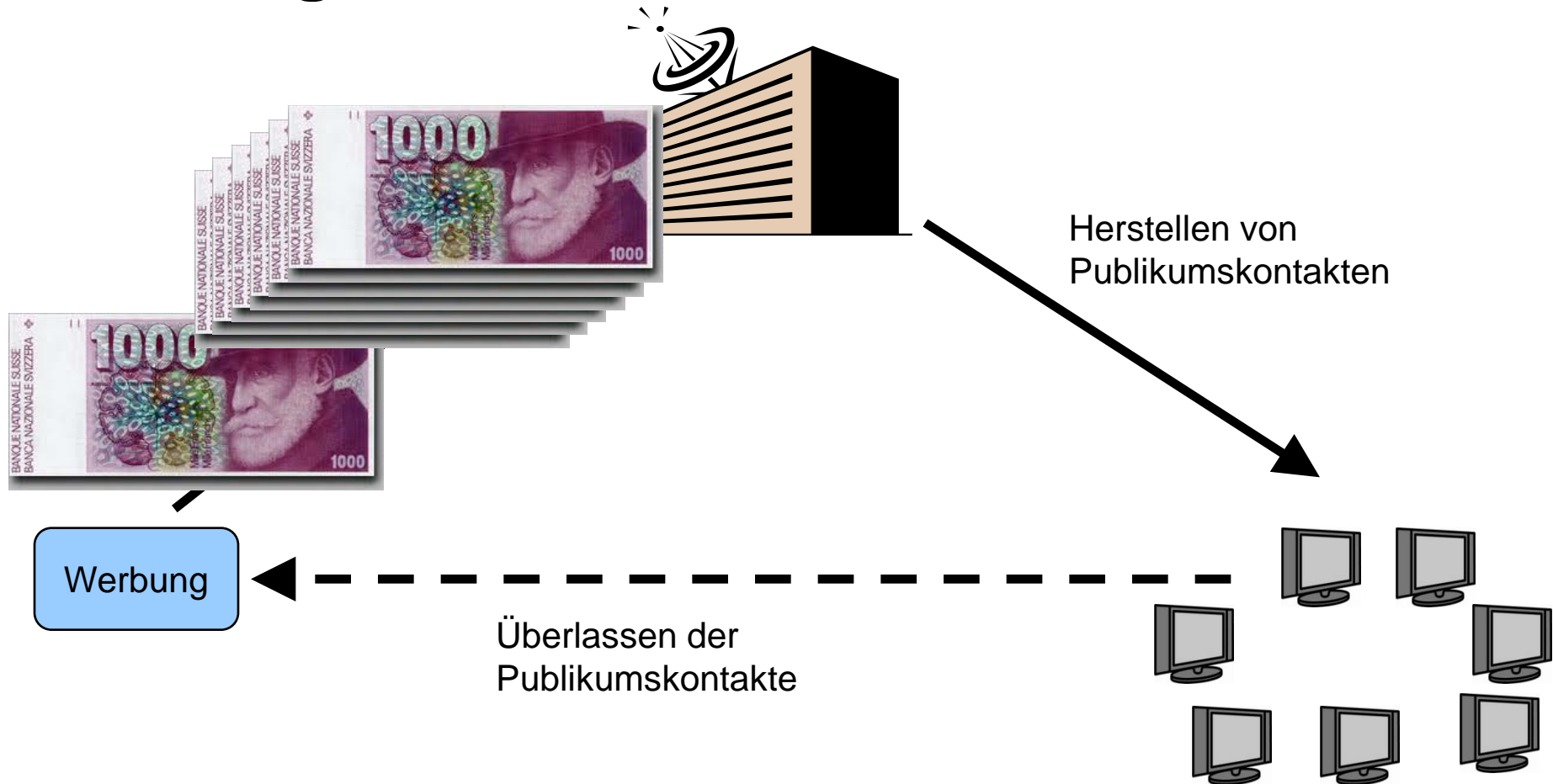


Kosten



# Geltung des Verursacherprinzips? (2)

## Ertragseite





# Gebühren heute: Die Sprachregionen im europäischen Vergleich

